

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 18

Artikel: Umsiedlungszwänge in der UdSSR
Autor: Storoschenko, Wjatscheslaw
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093016>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Umsiedlungszwänge in der UdSSR

Nicht nur aus der Region von Tschernobyl müssen Menschen evakuiert werden. Es gibt noch andere ökologische Katastrophengebiete zum Beispiel in Zentralasien. Der folgende Bericht erschien in der Augustnummer der deutschsprachigen Ausgabe von «Moskowskije Nowosti», Moskau.

Aus der durch die Katastrophe von Tschernobyl verseuchten Zone müssen heute schon und sofort rund eine Million Menschen umgesiedelt werden. In den nächsten Jahren kann ihre Zahl, so schätzen Experten, auf ungefähr zehn Millionen ansteigen. Die Flüchtlinge und Umsiedler aus Transkaukasien, Mittelasien, dem Baltikum und anderen Regionen: Heute sind das rund eine Million Menschen, morgen können es durchaus drei Millionen sein. Die aus der Armee Entlassenen, die aus anderen Ländern abgezogenen Militärangehörige, die «Afghanen», die keine Unterkunft gefunden haben – mit ihren Familien sind das heute ungefähr eine halbe Million Menschen, in Zukunft kann ihre Zahl auf zwei Millionen anwachsen. Ungefähr eine halbe Million Menschen müssen dringend aus den Regionen des ökologischen Notstandes (Aralsee, Karakalpakien u. a.) umgesiedelt werden. Heute besteht die Notwendigkeit, zu Marktbeziehungen überzugehen, verlustbringende Betriebe zu schliessen und unnötige Bauvorhaben aufzugeben. Die Menschen, die dadurch ihre Arbeit verlieren und in ihrer Stadt oder ihrem Rayon keine neue finden können, machen heute schon eine Million aus, in Zukunft können es zehn Millionen sein.

Also: heute vier Millionen Menschen, morgen – 25 Millionen.

Natürlich kann man die einen oder anderen Zahlen und Prognosen in Abrede stellen. Die katastrophalen sozialen Folgen der Formierung eines gewaltigen Heeres von obdachlosen, fliehenden, verwirrten Menschen aber lassen sich schwerlich überschätzen.

Heute suchen die Aktivsten von ihnen, die über Mittel und Kräfte verfügen, verzweifelt und auf eigenes Risiko nach ihrem Platz an der Sonne. Die Machtorgane bleiben bei der Lösung dieses Problems so träge, dass man nur staunen kann. Noch mehr aber frappt die belorussische Führung, die bestrebt ist, die Bevölkerung in der verseuchten Zone zurückzuhalten und sogar verseuchte Ernten und Milcherträge zu planen, um sie dann im ganzen Lande zu realisieren. Milliarden Rubel werden für die «komfortable Einrichtung» der für immer verlorenen Region verschwendet. Für immer, weil die Halbwertszeit bei Zäsium immerhin einhundertfünfzig Jahre beträgt, bei Strontium ganze 24 000 Jahre. Natürlich fällt es einem schwer, das anzuerkennen. Das nicht anzuerkennen, wäre aber verbrecherisch.

Den Kritikern wird gewöhnlich fehlende Konstruktivität vorgeworfen: Was könnt ihr denn selbst vorschlagen? Habt ihr dem ein positives Programm? Ein solches Programm liegt vor. Im Land gibt es Regionen, die nicht nur Millionen Umsiedlern Heimstatt

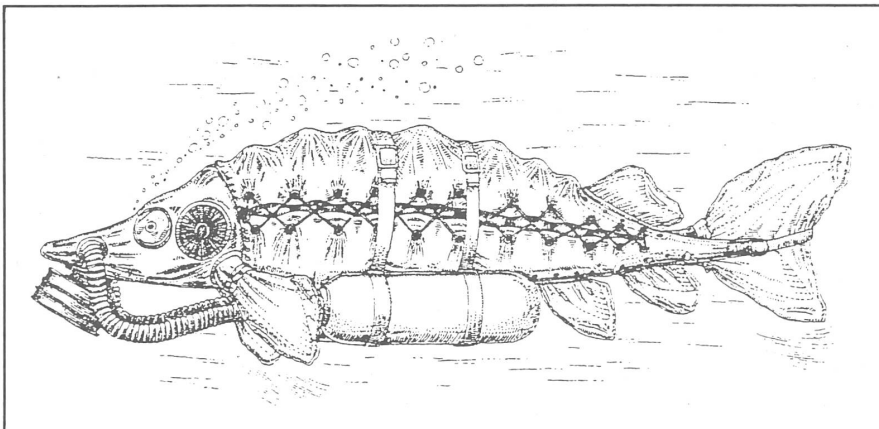
geben können, sondern die selbst zu neuem Leben erweckt werden müssen. Im europäischen Teil der UdSSR sind das die Gebiete der Nichtschwarzderregion, im asiatischen die Zone, die sich vom Baikalsee bis Nachodka erstreckt.

Die Menschen sollten jedenfalls aus der Tschernobyl-Zone in ganzen Dörfern oder gar Rayons umgesiedelt werden. Für die Umsiedler selbst wäre das bestimmt bequemer und leichter. Da kommen einem die von Stolypin vorgenommene Umsiedlung und die Bilder von heute in den Sinn: leerstehende Dörfer in der Nichtschwarzderregion und völlige Hoffnungslosigkeit in den Augen der belorussischen Bauern, die nicht wissen, wohin sie fahren könnten.

Wollen die aber dorthin? Solche Projekte sind natürlich zum Scheitern verurteilt, wenn ihnen keine soziale Anziehungskraft verliehen wird. Man kann die Menschen mit alten Losungen, die sich für immer im Misskredit gebracht haben, nicht anlocken. Man kann die Umsiedlung für ein neues «Bauvorhaben des Jahrhunderts» erklären und die Menschen dadurch lediglich vom richtigen Weg abbringen. Denn die bettelarm gewordene Staatskasse ist nicht imstande, jedem einen Sack Geld zu spendieren.

Wirklich kann sozialökonomische Freiheit die Menschen in diese Regionen locken. Dafür werden keine Investitionen aus dem Staatshaushalt, die in viele Milliarden gehen, notwendig sein. Freiheit in diesen Gebieten der Russischen Föderation können entschlossene, grossangelegte Massnahmen sichern, die vom Staat keine Mittel und Dotationen, sondern nur den guten Willen erfordern.

Es ist notwendig, in diesen Regionen die Beschränkungen für die Grösse des Hoflandes, der Treibhäuser und Warmbeete, für den Besitz von Anlagen für die Lagerung und Verarbeitung der Agrarerzeugnisse, von Technik und Vieh aufzuheben und umfassende Rechte auf Privateigentum vorzusehen; jedes Unternehmen ohne Beschränkungen für Lohnarbeit, Betriebsgrösse usw. zu fördern; die Mittel der Bevölkerung, der Genossenschaften und Betriebe nicht zu besteuern, die sie in Unternehmen investieren; den Bürgern der UdSSR, Genossenschaften und staatlichen Betrieben freie



«Energija», Moskau, Nr. 3/1990

Wirtschaftsflächen und Waldungen zu verkaufen oder zu verpachten, sie ausländischen Bürgern und Gesellschaften auf der Grundlage von Pacht-Lizenzen zur Nutzung zu übergeben; in diesen Regionen freie Zonen für ausländisches Kapital einzuführen und allen Betrieben, Genossenschaften und Bürgern die lizenzfreie Erschließung des Aussenmarktes zu gestatten; auf diesen Territorien die zentralisierte Planung aufzuheben und statt dessen mit anderen Regionen auf vertraglicher Grundlage zu kooperieren; die Versorgung mit Ressourcen in dem Umfang zu garantieren, der dem restlichen Unionsmarkt entspricht.

Woher aber Mittel für den Start nehmen? Aus solchen Quellen wie Kürzung der Gelder für den Militär-Industriekomplex oder das Leitungspersonal; Umleitung der Mittel, die heute nutzlos für die «komfortable Einrichtung» des Strahlengrabes in Belorussland und in der Ukraine verschwendet werden; Ressourcen lassen sich durch die Verringerung der Investitionen in zweifelhafte Industrievorhaben beschaffen und durch den Verkauf von gestoppten und verschleppten Bauvorhaben an beliebige Käufer in der Union und im Ausland wie auch durch Kredite und Hilfe der interessierten ausländischen Gesellschaften, anderer Staaten und internationalen Organisationen.

Man kann sich die empörten Proteste gegen solche Programme vorstellen: Wir werden kein Privateigentum, kein fremdes Kapital zulassen! Vielleicht hat jemand andere Quellen parat? Oder rechnet jemand wirklich damit, dieses kolossale Problem mit Hilfe von traditionellen bürokratischen Beschlüssen und administrativen Strukturen zu lösen? Es gibt doch kein Zurück mehr. Die Regierung konnte die Möglichkeiten, den leeren Markt mit Hilfe der Genossenschaft ANT zu sättigen, wegen der Rufe und Parolen «Wir lassen das nicht zu!» nicht ausnutzen. Die Provokation gegen diese Genossenschaft kam unsere Gesellschaft vielleicht viele Milliarden Dollar zu stehen, der Schaden ist ökonomisch mit der Katastrophe von Tschernobyl vergleichbar.

Natürlich sehen die genannten Massnahmen radikaler aus als das Paket der «Markt»-gesetze, das die Regierung unterbreitet hat. Wenn aber die Entschlossenheit nicht dazu ausreicht, einen normalen Markt in der ganzen Union zu schaffen, so wird sie vielleicht ausreichen, um eine Ausnahme für die beiden obengenannten Regionen zu machen? Es lassen sich viele ökonomische Vorteile aufzählen, die die Schaffung von freien, sich dynamisch entwickelnden, für die Menschen anziehenden Regionen neuen Typs bringen wird. Heute kommt es aber in noch grösserer Masse darauf an, Bedingungen zu schaffen, die das explosive Niveau der sozialen Spannungen im Lande herabsetzen können.

WJATSCHESLAW STOROSCHENKO
Akademie der Wissenschaften
der UdSSR

Dmitri Ostalski, Moskau

Rettung durch Unionsvertrag?

Die Sowjetunion bricht auseinander. Kann sie durch eine einvernehmliche Föderation auf Vertragsbasis neu geboren werden? Dazu der folgende Beitrag aus MN, Moskau.

Gut einen Monat arbeitet bislang eine Gruppe von Vertretern der Unionsrepubliken an einem neuen Unionsvertrag, der auf einen Beschluss des Föderationsrates hin gebildet wurde. Eine Woche vorher hatte die dritte Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR am letzten Tag ihrer Arbeit den Appel «An die höchsten Staatsorgane der Unions- und der autonomen Republiken» angenommen. Seine Quintessenz besteht darin, auf die Versuchung zu verzichten, «allein nach einem Weg aus der Krise zu suchen».

Diese zwei Ereignisse sind eng miteinander verbunden. Ausgelöst wurden sie durch eine Welle von Erklärungen der neuen Republikparlamente über die staatliche Souveränität ihrer Republiken. In Wirklichkeit bedeutet das, dass viele Republik Sowjets entschlossen sind, selbständig auf ihrem Territorium zu handeln und eine vom Zentrum hinreichend unabhängige Politik zu betreiben. Die Selbständigkeit ist zu einer gemeinsamen Idee geworden, nicht nur auf der Ebene der Republiken und autonomen Gebiete, sondern auch in einzelnen Regionen. Der frühere Staatsaufbau ist in die Krise geraten.

Unlängst schien, man brauche nur die wirtschaftliche Situation zu verbessern, und alle

anderen Probleme lösen sich von selbst. Es ging um wirtschaftliche Rechnungsführung und Eigenfinanzierung in Betrieben, Regionen und Republiken. Die wirtschaftliche Rechnungsführung sollte die ökonomische Entwicklung beschleunigen. Doch im Verteilungssystem, das alles durchdringt, führt sie zur Absonderung, der Absonderung eines Betriebes von der Region, einer Region von der Republik und einer Republik vom Land.

Das frühere Koordinatensystem begann zusammenzubrechen. Es sieht danach aus, als ob man die Abkehr von dem Versuch, im 20. Jahrhundert einen multinationalen Unionsstaat nach vorkapitalistischen Prinzipien aufzubauen, mit der Gefahr einer neuen «feudalen Zersplitterung» zahlen müsse. Die Wiedergeburt eines gesamt-nationalen (in unserem Fall eines Unions-)Marktes kann diese Gefahr überwinden. Eben der Markt ist in der Lage, die Absonderung in die Einigkeit und die unvollendete halbe wirtschaftliche Rechnungsführung in ein neues System der ökonomischen, und dann auch der politischen nationalen Beziehungen zu verwandeln.

Aber der Unionsmarkt lässt sich nicht über Nacht schaffen. Solange neue gegenseitige Beziehungen im Lande lediglich im Anfangsstadium keimen, nähert sich die Zerstörung der alten Beziehungen ihrem Höhepunkt. Es wurde beschlossen, den Zerfallprozess durch die Erarbeitung eines neuen Unionsvertrages zu hemmen. Aber diese Idee, mit der sich die Radikalen noch



Die MN-Karikatur zu diesem Text